



ZAHL DER ANGEZEIGTEN STRAFTATEN IN BAYERN BIS AUF SEXUALDELIKE RÜCKLÄUFIG

Zuwanderer sind Spitze – in der bayerischen Kriminalstatistik 2017

Von EUGEN PRINZ | Am vergangenen Mittwoch präsentierte Innenminister Joachim Herrmann die [Polizeiliche Kriminalstatistik](#) (PKS) 2017 für den Freistaat Bayern. Diese verzeichnet einen Rückgang der Straftaten im Freistaat auf 586.206 Fälle, das ist gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 4,6 Prozent. Herrmann führte aus, dass dies der niedrigste Wert seit 1991 sei.

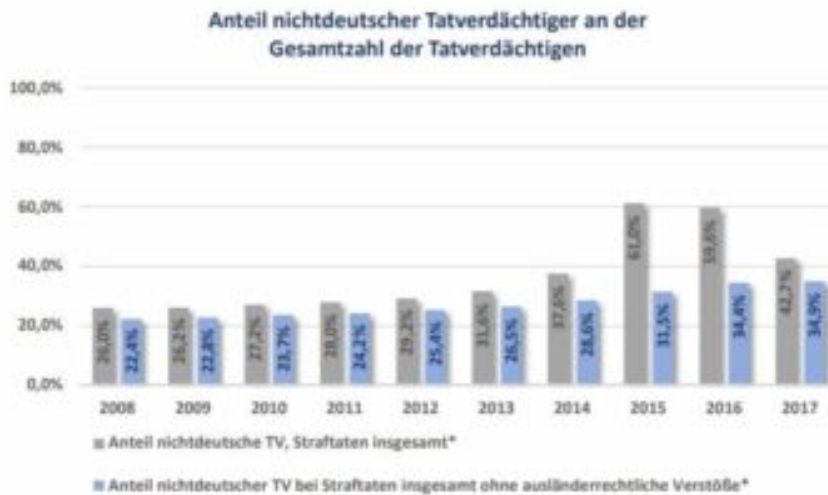
Selten lagen das persönliche Sicherheitsempfinden der Menschen und die statistische Wahrheit (nicht zu verwechseln mit der tatsächlichen Wahrheit) so weit auseinander.

Einige mögliche Gründe, warum das so ist, werden am Ende dieses Artikels erläutert. Die Lage in unserem Land macht es notwendig, den Beitrag der Zuwanderer zur Kriminalstatistik unter die Lupe zu nehmen. Und da hat das Frohlocken über den Rückgang der Fallzahlen sofort ein Ende.

Die PKS definiert „Zuwanderer“ als jene Tatverdächtigen, die nach bundeseinheitlicher Definition in der Polizeilichen Kriminalstatistik mit den Aufenthaltsgründen Asylbewerber, Duldung, Kontingent-/Bürgerkriegsflüchtling, unerlaubt oder international/national Schutzberechtigte und Asylberechtigte erfasst sind.

Keine gesonderte Erfassung von Deutschen mit Migrationshintergrund

Weiterhin sind in der PKS auch noch nichtdeutsche Tatverdächtige gesondert erfasst, das sind also alle Ausländer, die nicht unter die Definition „Zuwanderer“ fallen. Deutsche mit Migrationshintergrund werden in der Kriminalstatistik NICHT extra gelistet und mit den Biodeutschen in einen Topf geworfen. An dieser Stelle sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass dies natürlich das Bild, inwieweit Menschen mit ausländischen Wurzeln zur Kriminalität im Freistaat beitragen, erheblich verzerrt. Das diese Klientel überproportional hoch in der PKS vertreten ist, zeigt diese Grafik:



* Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen jeweils an der Gesamtzahl der Tatverdächtigen

Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen ohne ausländerrechtliche Verstöße ist um **+0,5 Prozentpunkte** gegenüber dem Vorjahreswert gestiegen und lag bei **34,9%**. 2013 lag dieser Anteil noch bei **26,5%** (71.241 nichtdeutsche TV von insgesamt 269.185 TV ohne ausländerrechtliche Verstöße). Im **5-Jahres-Vergleich** ist somit ein **Anstieg um +8,4 Prozentpunkte** festzustellen. Der Anteil der Tatverdächtigen Zuwanderer an allen Tatverdächtigen lag im Jahr 2017 bei 10,3% und damit um **0,7 Prozentpunkte** über dem Vorjahreswert.

Anteil der Nichtdeutschen in der PKS überproportional hoch

Nichtdeutsche (einschließlich Zuwanderer) haben einen Anteil von rund 12,1 Prozent an der bayerischen Bevölkerung, sind aber zu 34,9% bei den Tatverdächtigen vertreten, im 5-Jahres-Vergleich ist das ein Anstieg um 8,4%.

Einbürgerung macht es künftig möglich: Ausländer nicht krimineller als Deutsche

Und wenn diese Personen irgendwann mal einen deutschen Pass erhalten, werden sie künftig in der PKS als „Deutsche“ geführt und helfen mit, den statistischen Abstand zu den Nichtdeutschen zu verringern, was den Anteil an Straftätern betrifft. Dann heißt es in den Mainstream Medien: „Ausländer nicht krimineller als Deutsche“, untermalt von den entsprechenden statistischen Zahlen.

Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast.

Das Bonmot spitzt die populäre Überzeugung, mit Statistik lasse sich alles beweisen, zynisch in paradoxer Weise zu.

(Wikipedia – geflügelte Worte)

Und nun werfen wir mal einen Blick auf jene „Schutzsuchenden“, vor denen immer mehr Einheimische Schutz suchen:

5.2 Kriminalitätsentwicklung insgesamt



Hier haben wir bei den Delikten einen satten Anstieg von 11,3% gegenüber dem letzten Jahr. Wohlgedemert: ohne ausländerrechtliche Verstöße wie z. B. unerlaubte Einreise (falls das überhaupt noch ein Verstoß ist, man weiß es ja nicht mehr so genau).

Zahl der Sexualstraftaten entgegen dem Trend erheblich gestiegen

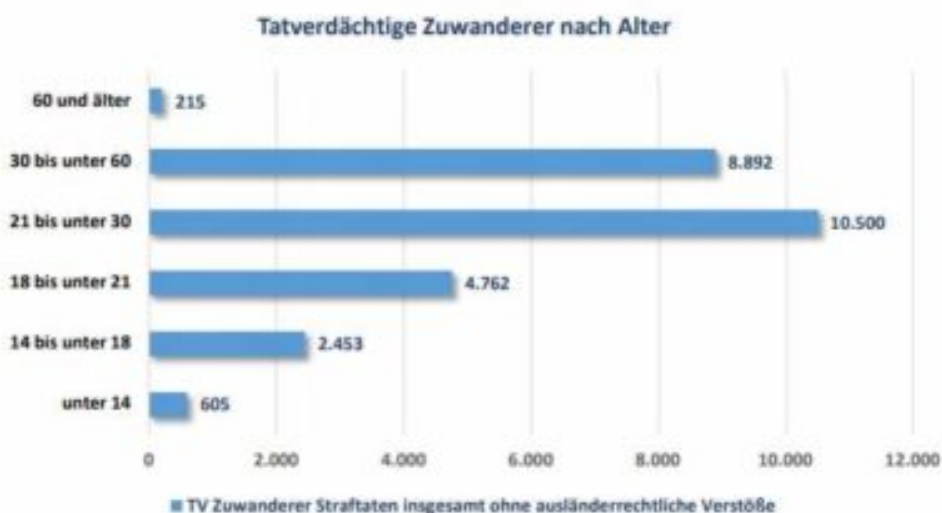
Die Zuwanderer halten sich also nicht an den rückläufigen Trend, was sich irgendwie auch bei den Sexualdelikten ausgewirkt hat. Diese sind nämlich um 1.590 Fälle angestiegen, das ist im Vorjahresvergleich ein Plus von 26,2% (!).

Tatverdächtige - Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung*



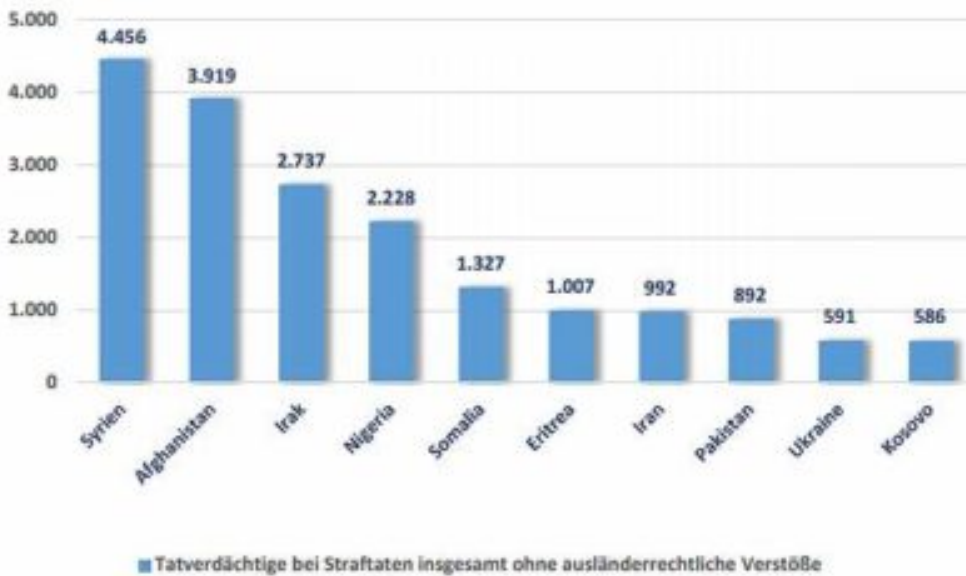
Das bayerische Innenministerium macht geltend, dass die Zunahme der Sexualstraftaten in die kürzlich erfolgten Gesetzesänderungen zurückzuführen sei, muss aber einräumen, dass die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung unter Gewaltanwendung im Berichtsjahr 2017 um sagenhafte 90,9% (!) gestiegen sind. Dass dies alleine der Änderung der Gesetzeslage geschuldet ist, mag glauben wer will.

Sehen wir uns als nächstes an, wie alt die Kandidaten unter den Zuwanderern sind, die uns bereichern.



Der Bauch liegt bei 21 bis 30 Jahren. Da haben wir sie schon, die von den Mainstream Medien viel zitierten „jungen Männer“. Und wo kommen sie her?

Tatverdächtiger ist Zuwanderer (Plätze 1 bis 10)



Syrien und Afghanistan sind die Spitzenreiter, gefolgt vom Irak, Nigeria und Somalia. Das hätten wir jetzt wirklich nicht gedacht, oder?

Mögliche Gründe für den Rückgang der angezeigten Straftaten

Hier gilt es, zwischen „angezeigten“ und „verübten“ Straftaten zu unterscheiden. Ein Delikt kann nur in die Statistik einfließen, wenn es gemeldet wird. Nach Meinung des Autors gibt es einige Faktoren, die zum Rückgang der Fallzahlen beigetragen haben könnten.

Arbeitsüberlastung der Polizei

Der erste ist die Arbeitsüberlastung der Polizei. Die bayerische Polizei schiebt mittlerweile [zwei Millionen Überstunden](#) vor sich her, Tendenz steigend. Personalmangel sowie dauernde Großeinsätze bei Demos und Fußballspielen gehören zu den Hauptgründen.

In einer bayerischen Großstadt musste diese Woche der Geschäftsführer eines Drogeriemarktes zwei Stunden warten, bis eine Polizeistreife frei war, um einen Ladendieb aus seinem Büro abzuholen.

Wer heutzutage eine Straftat anzeigen will, muss ähnliche Wartezeiten im Vorraum der Polizeiinspektion in Kauf nehmen, wie ein Kassenpatient im Wartezimmer des Orthopäden.

Durch die Überlastung der Polizei im Alltagsbetrieb sinkt auch die Möglichkeit zur „eigenen Wahrnehmung“ von Straftaten. Was ist das? Einfaches Beispiel: Die Beamten sind auf Präventivstreife in ihrem Einsatzgebiet unterwegs, halten Ausschau nach allem, was verdächtig erscheint und werden nicht selten dabei fündig. Auch die Bereitschaft zur „eigenen Wahrnehmung“ sinkt mit zunehmender Arbeitsüberlastung.

Polizeibeamte sind nach dem so genannten „Legalitätsprinzip“ verpflichtet, JEDE Straftat, die ihnen bekannt wird, anzuzeigen. Ob dieses Prinzip bei zunehmender Arbeitsüberlastung in einem „Graubereich“ auch mal verletzt wird, indem man dem Tatopfer die Anzeige mit dem Hinweis ausredet, da würde sowieso nichts dabei herauskommen, oder indem man auf der Streife mal in die andere Richtung schaut, mag jeder aus seiner persönlichen Erfahrung heraus beurteilen.

Der Punkt, dass „sowieso nichts herauskommt“, dürfte auch immer mehr Tatopfer davon abhalten, ihre Zeit mit einer Anzeige bei der Polizei zu verschwenden. Und im Prinzip stimmt das oft sogar, weil die Polizei immer weniger Zeit für gute Ermittlungsarbeit hat.

Anzeigehindernis: Furcht vor Repressalien

Als letztes „Anzeigehindernis“ ist auch noch die Furcht vor Repressalien durch den Täter zu nennen. Dieser Bereich dürfte überproportional auf die Opfer von Delikten zutreffen, bei denen Migranten die Tatverdächtigen sind. Denn mit arabischen Familienclans, türkischen Großfamilien und Flüchtlingen aus gewaltaffinen Kulturen legt man sich nicht gerne an. In diesem Licht gesehen, dürfte der TATSÄCHLICHE Anstieg der von Nichtdeutschen verübten Straftaten sogar noch höher sein, als in der Statistik ausgewiesen.

Arbeitsüberlastung der Polizei wird Dauerzustand bleiben

An der Arbeitsüberlastung der Polizei wird sich nichts ändern. Die Neueinstellungen können kaum den Weggang durch die anstehenden Pensionierungen der geburtenstarken Jahrgänge ersetzen. Die „Neugründung“ der Bayerischen Grenzpolizei ist nur ein durchsichtiges Manöver für die Landtagswahlen im Oktober und holt durch den zusätzlichen Verwaltungsapparat noch zusätzlich Beamte aus dem Streifendienst ins Büro. Die Pläne Seehofers, die so genannten „Abschiebungszentren“ von der Polizei betreiben zu lassen, macht Streifenbeamte zu Gefängniswärtern. Dafür wurden sie nicht ausgebildet. Auch sie werden auf der Straße fehlen. Wenn wir also in 2018 einen weiteren Rückgang der ANGEZEIGTEN Straftaten erleben, dürften die Gründe auch in diesem Bereich zu suchen sein.